

Höchste Alarmstufe in der Eurozone

Von Markus Diem Meier. Aktualisiert um 13:00 129 Kommentare

Die Politiker sind damit gescheitert, Ruhe in die Eurozone zu bringen. Jetzt stehen die Zeichen selbst für Länder wie Österreich auf Sturm, ganz zu schweigen von jenen für Italien und Frankreich.



Die jüngste Entwicklung macht ein Auseinanderfallen der Eurozone immer wahrscheinlicher: Eurosignet vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt.

Bild: Reuters

Artikel zum Thema

Steigende Fieberkurve am Euro-Anleihemarkt

Staatsanleihen: Wie ein Zins den Untergang besiegeln kann

Der Technokraten-Irrtum

Talfahrt setzt Pensionskassen zu US-Notenbank hält sich alle Türen für weitere Interventionen offen

Bundesrat vertröstet auf die nächste Woche

Der Sturm auf die Eurozone ist in vollem Gang. Das zeigt sich an den sogenannten «Spreads» der Mitgliedsländer. Die ganze Finanzwelt blickt augenblicklich mit einer Mischung aus Faszination und Panik auf die Entwicklung dieser technischen Grösse. An ihr lässt sich nicht nur ablesen, dass bisher gefährdete Länder immer tiefer in Gefahrenzonen rutschen, aus denen sie nicht mehr gerettet werden können. Sie zeigt auch an, dass immer mehr Länder überhaupt erst in die Gefahrenzone geraten: Vom neusten Orkan auf den Märkten sind nicht mehr nur

Stichworte**Europäische Zentralbank****Euro**

die bisherigen Krisenländer Griechenland, Italien, Spanien und Irland betroffen. Auch Frankreich gerät immer mehr unter die Räder und neu sogar Österreich. Alarmsignale senden die Spreads selbst für die Niederlande aus.

Generell ist ein Spread nichts anderes als der Unterschied zweier Grössen. Im Zusammenhang mit der Eurokrise ist aber immer der Unterschied der Rendite der Staatsanleihe eines Euromitgliedslandes gegenüber jener der Anleihen von Deutschland gemeint. Meist werden hier Anleihen mit einer Frist von 10 Jahren betrachtet. Die Renditen geben einen Hinweis darauf, welchen Zinssatz ein Land für seine Verschuldung bezahlen muss. (Die Zusammenhänge finden sich **in diesem Artikel**). Weil Deutschland als sicherstes Land gilt, da dort ein Zahlungsausfall als am wenigsten wahrscheinlich gilt, zeigt der Spread die Risikoprämie, die Käufer für ihre Investitionen in andere Staatsanleihen verlangen.

Gefahrenindikator Spread

Eine sinkende Rendite von deutschen Staatsanleihen erhöht diesen Spread genauso wie eine steigende Rendite von Anleihen anderer Länder, und beides ist ein Alarmzeichen. Im Fall der Krisenländer deshalb, weil der Zinsanstieg die Flucht aus den Anleihen des Landes anzeigt und die steigende Rendite wie erwähnt die Schulden des Landes immer weniger tragfähig macht. Im Fall von deutschen (und auch Schweizer) Staatsanleihen zeigt die sinkende Rendite, dass immer mehr Anleger sich mit ihrem Geld in diese sicheren Häfen flüchten.

Schaut man sich die konkreten Zahlen an, so haben die Spreads der gefährdeten Länder Italien (mit 5,28 Prozent), Griechenland (mit 26,7 Prozent) und Spanien (4,55 Prozent) gestern einen so hohen Wert erreicht wie noch nie in der Geschichte der Währungsunion. Nur in Irland wurden die Rekordwerte vom Juni (als sich der Spread auf 11,4 Prozent belief) mit 6,4 Prozent nicht erreicht.

Besonders beunruhigend ist aber, dass neu auch die Spreads von Ländern explodiert sind, die bisher als relativ sicher galten: Jener von Österreich erreichte einen Wert von 1,74 Prozent und jener der Niederlande den von 0,63 Prozent. Zum Vergleich: Noch Ende Oktober lag der Wert im Fall von Österreich bei 0,84 Prozent und war damit nur halb so hoch. Auch der Wert der Niederlande lag zu Monatsbeginn noch bei 0,4 Prozent und zu Jahresbeginn sogar bloss bei 0,2 Prozent. Beide Länder zählen zu den sichersten der Eurozone. Der Spreadanstieg ist für diese beiden Länder selbst nach wie vor keine existenzielle Gefahr, aber er zeigt, wie die Krise immer mehr das Zentrum der Eurozone erreicht.

Frankreich in der Gefahrenzone

Weil sich aber bereits im Fall des wirtschaftlich drittgrössten Eurolands Italien die Spreads auf einem Niveau befinden, die – sollten sie nicht wieder deutlich sinken – eine

Zahlungsunfähigkeit des Landes bedeuten würden, ist vor allem die Entwicklung Frankreichs alarmierend. Die Spreads des zweitgrössten Eurolandes, das über den Rettungsfonds EFSF auch für bisherige und künftige Hilfgelder bürgen soll, sind ebenfalls in die Höhe geschossen und haben gestern den Wert von 1,9 Prozent erreicht. Noch am 27. Oktober notierten sie bei 0,92 Prozent und haben sich seither mehr als verdoppelt.

Seit gestern sind die Spreads fast überall wieder unwesentlich gesunken. Beobachter vermuten dahinter Stützungskäufe von Anleihen durch die **Europäische Zentralbank**. Immer mehr Ökonomen meinen, dass die Notenbank ihre bisher zurückhaltende Haltung hier aufgeben und dem Markt klar signalisieren soll, dass sie dieser Entwicklung entschieden Einhalt gebieten wird. Doch gegen ein solches Signal wehrt sich bisher vor allem Deutschland und dort besonders die deutsche Bundesbank.

(Tagesanzeiger.ch/Newsnet)

Erstellt: 16.11.2011, 14:12 Uhr

Alle Kommentare anzeigen